

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdirektor: Friedrich Reuber
Redaktionsleiter: Dr. 0011
Schriftleitung u. Druckverwalter:
Karl - H. L. Wittenberg 25/48

Bezugspreis bei wöchentlichem Bezug monatlich 1.40 RM. (einschließlich 06 Wp. 12c
Zugabe), bei halbjährlichem 7.40 RM. einschließlich 06 Wp. Zugabe für Jahre 34.40 RM.
bei 1 mal wöchentlichem Bezug, halbjährlich 10 Wp. Zugabe für Jahre 50 RM.
Vertrieb: 15 Wp., für auswärtige 40 Wp. Bestellungen und Abbestellungen sind
15 Wp. anzuhängen. Die 50 mm breite Außenwerbung 100 Wp., ansonsten 150 Wp. Offiziell
gebühren 10 Wp. Wichtige Nachträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Moritz & Reichardt,
Dresden, Schöned.-Str. 106/8 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Vertraul. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Abdrucke werden nicht aufbewahrt

Vor entscheidenden Kabinettsbeschlüssen

Keine Wiedereinführung der Rentenmark - Herabsetzung der Notendeckungsgrenze?

Erfolge der Kreditrestriktion

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Juli. Die fortgesetzten Beratungen des Reichskabinetts über die zu ergreifenden Maßnahmen haben bisher noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Sie vollziehen sich in der Weise, daß zunächst ein engerer Ausschuss des Kabinetts, der sogenannte Reparationsausschuss, zu dem die an den Finanz- und Wirtschaftfragen in erster Linie interessierten Minister gehören, die einzelnen Vorprojekte prüft und sie dann dem Gesamtkabinetts unterbreitet. Die bisherigen Erörterungen innerhalb des Gesamtkabinetts, die heute nachmittags fortgesetzt werden, lassen aber noch nicht genau erkennen, in welcher Richtung sich nun die Schritte der Reichsregierung bewegen werden.

Es scheint aber schon festzustehen, daß der Plan, die schon eingezogenen Rentenmarkscheine wieder in Umlauf zu bringen, wegen der gegen ihn erhebenden währungsökonomischen Bedenken nicht zur Ausführung gelangen wird.

Sicher ist auch, daß eine Devisenverordnung erlassen werden wird, die für die Devisen eine Art Zwangsökonomie bringt. Was nun das hauptsächlichste Problem, nämlich das der Befestigung der Zahlungsmittel angeht, so scheint man sich innerhalb des Kabinetts trotz der großen Bedenken, die gegen eine solche Absicht sprechen müssen, doch dazu entschließen zu wollen, die

Deckungsquote für die Reichsmark herabzusetzen.

Man vertritt sich darauf, daß im Bankgeschäft ja schon vorgehen sei, daß in Notfällen die Mindestdeckung von 40 Prozent auf 30 Prozent herabgesetzt werden könnte. Bei einem Notenumlauf von rund vier Milliarden Reichsmark, so erklärt man, würde es also bei einer Herabsetzung der Deckungsquote um 10 Prozent möglich sein, etwa zwei Milliarden neuer Zahlungsmittel auszugeben. Ein solcher Betrag würde genügen, um wenigstens die zur Zeit dringendsten Anforderungen zu befriedigen. Selbstverständlich wäre aber mit einer bloßen Herabsetzung der Deckungsquote, gegen die, wie schon gesagt, doch sehr ernste Bedenken sprechen, die man auch im Kabinettsrat, noch nichts getan. Man mühte sich auch dazu schreiten, eine weitere und

nicht unbeträchtliche Erhöhung des Diskontsatzes

vornehmen. Das Reichsbankgesetz sieht für den Fall, daß die Deckungsquote unterschritten wird, ausdrücklich die Erhöhung des Diskontsatzes vor. Um diese Notwendigkeit läßt man sich nicht herum. Dann mühte sich auch noch die Reichsbank ziemlich starke Kreditrestriktionen vornehmen, wenn die notwendigen Zahlungsmittel für den normalen Wirtschaftsverkehr zur Verfügung gestellt werden sollen.

Man rechnet man anscheinend damit, daß durch den Kreditdruck und die erhöhten Zinsen der

Export einen sehr starken Auftrieb

erhalten würde, wodurch wiederum Devisen in die Hände der Reichsbank kämen. Tatsächlich bliebe ja, wenn die Maßnahmen des Kabinetts in dieser Richtung sich bewahrten, der Wirtschaft weiter nicht abwärts, als unter Umständen auch zu Schließungen der Läden zu räumen. Auch das hat natürlich, selbst wenn dadurch im Inland ein härteres Heruntergehen der Preise sich zeigen sollte, seine Bedenken.

Die stärksten Bedenken würde jedoch die Herabsetzung der Deckungsquote für die Reichsmark verurteilen, selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Ausnutzung der schon im Reichsbankgesetz vorgesehenen Möglichkeit, die Deckungsquote niedriger als 40 Prozent anzusetzen, noch keine Inflation bedeuten könne, da ja die Deckungsquote dann bei 30 Prozent stabil bliebe. Auch innerhalb des Kabinetts täuscht man sich nicht darüber, daß die psychologischen Hemmungen doch sehr stark sind. Man hält aber offenbar diesen Plan für besser als eine neue Inflation der Rentenmarkscheine.

Wie weit man neben solchen Maßnahmen noch von den

Möglichkeiten eines inneren Moratoriums

Gebrauch macht, steht im Augenblick dahin, da die Beratungen des Kabinetts, was ja angesichts der überaus schwierigen Materie verständlich ist, ein ständig wechselndes Gesicht tragen. Man hat an den Erörterungen des Kabinetts auch in ausgedehnter Weise Sachverständige der privaten Wirtschaft hinzugezogen. An den ausführenden Stellen werden irgendwelche Mitteilungen darüber, wie das Programm des Kabinetts, das

nach im Laufe des heutigen Abends zur Verkündung

planen wird, damit die Banken und sonstigen Geldinstitute ihre Vorkehrungen treffen können, ausbleibt, nicht gemacht. Man beschränkt sich lediglich auf die Versicherung, daß auf jeden Fall damit zu rechnen sei, daß die Notendeckungsmassnahmen, die naturgemäß wieder in den Rahmen einer Notverordnung zu spannen sind, in den nächsten Abendstunden vorliegen werden, damit sie noch zeit-

zeitig bis zum Donnerstagmorgen in das gesamte Reichsgebiet und an alle beteiligte Stellen hinausgehen können.

Auch heute ist es in Berlin bis zum Mittag zu keinen Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen. Die Polizei hatte allerdings im Hinblick auf den für heute vorgesehenen Reichserwerbslosenrat größere Vorkehrungen als an den letzten Tagen getroffen. Heute nachmittags findet im Circus Busch eine Erwerbslosenversammlung statt, bei der aber kein geschlossener Anmarsch oder Anmarsch gestattet wird.

Starke Devisenrückflüsse bei der Reichsbank

Berlin, 15. Juli. Die verstärkte Kreditrestriktion der Reichsbank hat auch zu einem wirksamen Druck auf die Devisenmärkte von Banken und Wirtschaft geführt. Wie der Deutsche Handelsdienst erzählt, konnte die Reichsbank seit Montag, dem 13. Juli, Devisenzugänge von etwa 50 bis 60 Millionen Reichsmark buchen.

Bestimmte Vorschläge der Städte

Berlin, 15. Juli. Der engere Vorstand des Deutschen Städtebundes beriet in Anwesenheit des Reichsinnenministers Dr. Brüning, des Präsidenten des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Reiner, und anderer Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden eingehend die Finanz- und Wirtschaftslage der Städte und öffentlichen Banken. Man war sich darüber vollkommen einig, daß sofort Schritte ergriffen werden müssen, um die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Kassen zu sichern und so bald als möglich wenigstens einen beschränkten Zahlungsverkehr und Wirtschaftsverkehr wieder aufzunehmen, zugleich aber den völlig unzureichendsten Abschnitten bei den Sparkassen entgegenzuwirken, die zum größten Teil aus überlebender Notwendigkeit zu erklären sind. Es bestand ferner darüber Übereinstimmung, daß die Sparkassen ebenso wie die Banken in die Lage versetzt werden müssen, von den ihnen gesetzlich zustehenden Lombardierungsmöglichkeiten bei der Reichsbank

Gebrauch zu machen; das bezieht sich in erster Linie auf die Romuna-Lanien. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß ausreichende Zahlungsmittel auch bei den öffentlichen Kreditinstituten bereitstehen. Dann würden die Städte und Sparkassen durchaus in der Lage sein, ihren Verpflichtungen im Interesse der Gesamtheit vollkommen zu genügen.

Die Gerüchte um Schacht

Berlin, 15. Juli. Im Zusammenhang mit den finanziellen Sanierungsmassnahmen, die auf dem Noterordnungswege voraussichtlich noch Mittwochabend verkündet werden sollen, wird u. a. auch davon gesprochen, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht bei der Durchführung der Sanierungsaktion maßgebend beteiligt sein werde. Die Gerüchte dürften vor allem darauf beruhen, daß Dr. Schacht an verschiedenen Besprechungen in der Reichskanzlei und im Finanzministerium teilgenommen hat. Jedoch eilen alle Meldungen von einer bevorstehenden Ernennung Schachts zum Währungsreformkommissar mit außerordentlichen Vollmachten den Tatsachen voraus. Von anderer Seite wird in diesem Zusammenhang auch der Name des Präsidenten der Preussischen Sparkassen, Dr. Klepper, genannt. In unterrichteten politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß Dr. Kleppers Kandidatur überhaupt nicht in Betracht gezogen worden ist. Ferner wird berichtet, daß von volksparteilicher Seite die sofortige Befetzung des Wirtschaftsministeriums mit Dr. Brüning gefordert worden sei. Von unterrichteter Seite wird diese Angelegenheit als nicht aktuell bezeichnet.

Reichsbahn zahlt Gehälter und Löhne

Berlin, 15. Juli. Wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, hat die Reichsbahn die fälligen Gehälter für die Angestellten und die Löhne für die Arbeiter aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gezahlt. Die Bahn hat ferner die Garantie der Einlagen bei den Reichsbahnsparbanken übernommen.

Das Programm des englischen Ministerbesuchs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Juli. Neben den dringlichen Aufgaben beschäftigt man sich jetzt innerhalb des Kabinetts auch bereits mit der Vorbereitung des englischen Besuchs. Es wird bereits das Programm, das für die Zeit der Anwesenheit des englischen Premierministers und des Außenministers festgelegt worden ist, veröffentlicht. Danach trifft der englische Außenminister Henderson am Freitagvormittag in Berlin ein. Kurz nach seiner Ankunft werden im Auswärtigen Amt politische Besprechungen stattfinden, die ihre Fortsetzung bei einem Frühstück finden, das der Reichsaußenminister Dr. Curtius seinem englischen Ministerkollegen gibt. Am Nachmittag sollen die politischen Verhandlungen fortgesetzt werden. Gegen 6 Uhr nachmittags wird dann der englische Ministerpräsident MacDonald, der mittels Flugzeug nach Berlin kommt, in der Reichshauptstadt eintreffen. Am Freitagabend findet dann ein Dinner beim Reichskanzler Dr. Brüning statt. Für Sonnabendvormittag ist ein Empfang beim Reichspräsidenten u. v. m. in der Burg vorgesehen, der heute vormittags wie angekündigt, wieder in der Reichshauptstadt eintrifft. In Anbetracht an diesen Empfang beim Reichspräsidenten begeben sich dann die englischen Minister, begleitet von Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius, nach dem Jagdschloß Hubertusburg, wo dann für die politischen Besprechungen der ganze Sonnabendnachmittag und der Sonnabendabend zur Verfügung stehen. Am Sonntag erfolgt die Rückkehr nach Berlin, an die sich ein Frühstück beim preussischen Ministerpräsidenten Braun anschließt. Für Sonntagabend läßt der britische Botschafter in Berlin zu einem Dinner, dem auch die Spitzen der Reichsregierung beizuwohnen werden. Am Montag vormittag verlassen dann die englischen Minister wieder die Reichshauptstadt.

„Times“ gegen die französischen Erpressungen

London, 15. Juli. Die gesamte Londoner Presse befaßt sich eingehend mit der französisch-deutschen Frage. Ein langer Artikel der „Times“ vertritt den vom englischen Außenamt beeinflussten Standpunkt, daß eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich die beste Lösung sei. Nichts würde man in London lieber sehen, als wenn nach dem englischen Besuch in Paris und Berlin die deutschen Minister nach Paris gehen. Hilfe könne nur durch eine bedingungslose Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Amerikas kommen. Doch sei es nicht zu spät. Wenn auch die französische öffentliche Meinung leidenschaftlich an den „Erpressungen“ festhalte, so müßten sich die weiterlebenden Mitglieder der französischen Regierung doch fragen,

ob nicht der Versuch, von der Regierung Brüning als Gegenleistung für finanzielle Hilfe politische

Zugehörnisse zu erstreben, selbst wenn er zeitweilig Erfolg haben sollte, auf lange Sicht doch zwecklos wäre, da die Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland die Lage des Kanzlers unhaltbar machen würden. Es sei auch keine Aussicht vorhanden, daß in Deutschland eine Regierung gebildet werde, die den französischen Wünschen weiter entgegenkomme.

Alles deutet daher auf den Schluss hin, daß, wenn nicht die Forderung nach politischen Garantien — die noch nicht offiziell ausgesprochen worden ist — ausgegeben werde, eine vollständige Störung des ganzen wirtschaftlichen Lebens Europas erfolgen werde. Wenn nicht vereinte Bemühungen erfolgen, um einen schnellen Bestand von außenher zu sichern, dann sei es klar, daß Deutschland sich gezwungen sehen könnte, die Lösung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Probleme auf seine eigene Weise zu suchen. Dies dürfte sich nicht nur als schmerzhaft und schmerzhaft für Deutschland selbst erweisen, sondern auch als sehr schädlich für die Interessen anderer Länder.

Auch „Financial Times“ sagt in einem Leitartikel, daß Frankreich allein für die Bewilligungen verantwortlich und daß es ihm zu verdanken sei, wenn der Grundgedanke des Hooverplans verwirklicht sei.

Die Presse befaßt sich dann eingehend mit der

Möglichkeit eines innerdeutschen Moratoriums,

falls keine Hilfe vom Auslande komme. Dies würde zwar, wie „Daily Herald“ sagt, Deutschland das Leben erschweren, aber es würde auch ernste Folgen für das Ausland haben.

Soweit England in Frage komme, würden die Banken und der Geldmarkt etwa 50 bis 100 Millionen Pfund (1 bis 2 Milliarden Mark) finden müssen, um die Verpflichtungen auf deutsche Wechsel zu erfüllen, die in London inoffiziell seien.

Henderson bei Briand

Paris, 15. Juli. Der englische Staatssekretär Henderson hatte nach der Beendigung der Kolonialausstellung eine halbtägige Unterredung mit Außenminister Briand am Quai d'Orsay. Im Anschluß fand das von Außenminister Briand zu Ehren Hendersons gegebene Frühstück statt, an dem u. a. teilnahmen: Ministerpräsident Poincaré, Unterstaatssekretär François Poncelet und der Generalsekretär am Quai d'Orsay, Philippe Berthelette.